

Thema der Woche

Es kommt Bewegung in den Verkehrssektor!

In Kürze

Konsultation zum makroprudentiellen Rechtsrahmen für Finanzinstitute
Konzept der fairen Nutzung beim Wegfall von Roaming ab Juni 2017 konkretisiert
Neues EU-US Datenschutzschild-Abkommen seit 1. August in Kraft
Kommt EU-Zertifizierungssystem für Sicherheitsausrüstungen in Flughäfen?

Neues aus dem Europäischen Parlament

Wirtschafts- und Währungsausschuss lehnt technischen Standard zu Basisinformationsblatt (KID) ab
Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten stimmt für Aufhebung der Visumpflicht für Georgien und Kosovo

Neues aus dem Gerichtshof der EU

Staatlich festgesetzte Höchsttarife für Erdgaslieferungen können gerechtfertigt sein
Urheberrechtsverletzung durch Setzen von Hyperlinks

Neues aus den Verbänden

Europäische Industrie- und Arbeitgeberverbände unterstützen TTIP-Verhandlungen

Statistik der Woche

Wien ist weiterhin eine der lebenswertesten EU-Hauptstädte

Jobs+Jobs+Jobs

Wirtschaftskammer Österreich sucht EU-Trainees

Antwerp Port Authority sucht Vertreter für Mittel- und Osteuropa

SPÖ-EU-Delegation im Europäischen Parlament sucht Mitarbeiter für Pressearbeit

Europäische Eisenbahnagentur sucht Project Officer

EU-Agenda

EU-Kommission: 2181. Sitzung am 13. September 2016

EU-Parlament: Ausgewählte Ausschüsse der kommenden Woche

EU-Parlament: Ausgewählte Themen des Plenums der kommenden Woche

EuGH: Ausgewählte Fälle der kommenden Woche

EU-Kommission: Ausgewählte laufende Konsultationen

Impressum

EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich
Av. de Cortenberg 30
B-1040 Brüssel
Telefon: +32 2 286 58 80
Internet: wko.at/eu

Redaktion:
Franziska Annerl
E-Mail: Franziska.Annerl@eu.austria.be



Folgen Sie uns auf facebook

Wenn Sie das EU-Panorama regelmäßig zugeschickt bekommen wollen oder sich vom Verteiler streichen lassen möchten, mailen Sie bitte an:
eu@eu.austria.be

Es kommt Bewegung in den Verkehrssektor!

Nachdem die Rechtssetzung im Bereich der europäischen Verkehrspolitik relativ lange eher schleppend vor sich gegangen ist, scheint die Generaldirektion „MOVE“ der Europäischen Kommission, welche für Mobilität und Transport zuständig ist, nun umso mehr in die Gänge zu kommen.

Ein wesentlicher Themenbereich, den die Kommission aufgreift, ist die europäische Sozialgesetzgebung im Verkehrsbereich. Es geht hierbei um Fragestellungen wie die richtige Bemessung von Lenk- und Ruhezeiten, die Frage der Anwendung nationaler Mindestlohnvorschriften auf den Verkehrssektor oder aber das Streitthema, wo die regelmäßige Wochenruhe zu verbringen ist. Aus Sicht der österreichischen Wirtschaft ist eine Überarbeitung der Sozialgesetzgebung im Verkehrssektor zu begrüßen, da die derzeitige Rechtslage nicht mehr den praktischen und für reibungslose wirtschaftliche Abläufe notwendigen Erfordernissen entspricht. Vor allem der große Umsetzungs-, Interpretations- und Vollzugsspielraum für die Mitgliedstaaten führt zu großer Rechtsunsicherheit und einer Verzerrung des fairen Wettbewerbs.

Die Kommission hat ferner die Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 über die Zulassung zum Beruf des Kraftverkehrsunternehmers sowie der Verordnung (EG) Nr. 1072/2009 über den Zugang zum Markt des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs eingeleitet. Einer der zentralen Problembereiche, den es zu entschärfen gilt, ist die sogenannte „Kabotage“, also das Erbringen von Transportdienstleistungen innerhalb eines Mitgliedstaats durch ein ausländisches Verkehrsunternehmen. Die Position der WKÖ zu diesem Thema ist klar: Solange es keine EU-weit einheitlichen wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen im Hinblick auf das Transportgewerbe gibt, kann einer weiteren Liberalisierung der Kabotage nicht zugestimmt werden. Zudem muss sichergestellt werden, dass Kabotageregeln in der Praxis kontrolliert werden bzw. kontrollierbar sind, was eine Pflicht zur Mitführung von eindeutigen Belegen notwendig macht.

Ein weiterer Bereich, den die Kommission einer Reform unterziehen will, betrifft europäische Mautsysteme. Aktuell werden Interessensträger befragt, wie der Rahmen im Bereich der Straßenbenützungsentgeltsysteme geändert werden muss, um faire und effiziente Mautsysteme in Europa sicherzustellen. Aus Sicht der österreichischen Wirtschaft ist in diesem Zusammenhang zu gewährleisten, dass vorgegebene Höchstbeträge beibehalten werden, um eine weitere Verzerrung des Wettbewerbs zu verhindern. Darüber hinaus sollte die Möglichkeit für Sonderaufschläge bzw. „Alpenfaktoren“ gestrichen werden und eine Einbeziehung weiterer Kosten-Faktoren (Stichwort „Staumaut“) dringend unterbleiben. An den Rat sei bereits jetzt die Botschaft gerichtet, sich nicht gegen eine strikte Zweckbindung der Mauterlöse zu stemmen.

Zu guter Letzt ist der von der Kommission generell verfolgte Pfad hin zu einem kohlenstoffarmen Wirtschaftssystem vor einigen Wochen auch in den Verkehrssektor vorgedrungen. Mit der Veröffentlichung der „Europäischen Strategie für emissionsarme Mobilität“ sollen die CO₂-Emissionen aus dem Transportsektor gekürzt werden. Die Kommission verfolgt in diesem Zusammenhang drei Hauptansatzpunkte: 1.) Eine Steigerung der Effizienz des Verkehrssystems, 2.) die Förderung emissionsarmer alternativer Energieträger im Verkehrssektor und 3.) Fortschritte bei der Entwicklung emissionsarmer bzw. emissionsfreier Fahrzeuge. Aus Sicht der WKÖ ist die Förderung der Entwicklung emissionsarmer bzw. emissionsfreier Fahrzeuge ein wesentlicher Baustein. Anreize statt Zwangsmaßnahmen lautet die Devise, damit die Dekarbonisierung des Verkehrssektors nicht auf Kosten des Wirtschafts- und Beschäftigungsstandortes geht.

Ansprechpartner: Franz Brudl

Inhaltsverzeichnis

Konsultation zum makroprudentiellen Rechtsrahmen für Finanzinstitute

Die Kommission befragt mittels Konsultation zur Überarbeitung des makroprudentiellen Rechtsrahmens für Finanzinstitute. Dieser besteht aus einer Vielzahl von Maßnahmen, die einander teilweise überlappen und inkonsistent sind. Die makroprudentielle Aufsicht dient der **Vermeidung von Risiken für das Finanzsystem in seiner Gesamtheit**. Zu den wichtigsten Instrumenten auf EU Ebene zählen die **Eigenkapitalrichtlinie** und -verordnung (CRD IV/CRR), bei deren Anwendung dem einheitlichen Aufsichtsmechanismus und dem Europäischen Ausschuss für Systemrisiken (ESRB) eine wichtige Rolle zukommt. Die Konsultation zielt darauf ab, diese verschiedenen Elemente auf eine effektive Funktionsweise zu überprüfen. **Hauptziel** ist dabei, die **richtige Balance zwischen Flexibilität auf der nationalen Ebene und einer einheitlichen Regelung innerhalb der EU** zu finden. Interessierte Personen haben bis **24. November** die Möglichkeit, sich an der Konsultation zu beteiligen.

Konzept der fairen Nutzung beim Wegfall von Roaming ab Juni 2017 konkretisiert

Um nach **Wegfall der Roaming-Gebühren auf Reisen per 15. Juni 2017** steigende Preise für alle Mobilfunknutzer und Wettbewerbsverzerrungen im Mobilfunkmarkt zu verhindern, hat die Kommission Klauseln ausgearbeitet, um eine **faire Nutzung der neuen Regeln sicherzustellen**. In ihrem Entwurf von Montag schlägt die Kommission u.a. vor, dass der **Zeitraum, in dem überhaupt keine Roaming-Gebühren erhoben werden dürfen, mindestens 90 Tage pro Jahr** beträgt. Im Durchschnitt verreisen Bürger in der EU zwölf Tage ins europäische Ausland. Wenn Mobilfunkanbieter diesen Zeitraum verlängern oder überhaupt keine zeitliche Begrenzung festsetzen wollen, dürften sie das natürlich tun. Für den Zeitraum nach Ablauf der 90 Tage schlägt die Kommission Gebühren von 4 Cent pro Minute, 1 Cent pro SMS und 0,85 Cent pro MB Datenvolumen vor.

Neues EU-US Datenschutzschild-Abkommen seit 1. August in Kraft

Am 1. August trat das neue EU-US-Datenschutzschild in Kraft. **Unternehmen** können sich seitdem registrieren, um nachzuweisen, dass ihre **Datenschutzmaßnahmen den Standards des neuen Abkommens entsprechen**. Am 12. Juli hatte die EU-Kommission das Abkommen angenommen. Der neue Rechtsrahmen soll die Rechte von EU-Bürgern, deren personenbezogene Daten in die USA übermittelt werden, stärken. Gleichzeitig sollen Unternehmen, die auf den Datenaustausch mit den USA angewiesen sind, Rechtssicherheit erhalten. Der neue Datenschutzrahmen sieht Auflagen für Unternehmen, Schutzvorkehrungen und Transparenzpflichten beim Datenzugriff für US-Behörden sowie Möglichkeiten der Streitbeilegung vor. Beide Seiten haben sich auf eine jährliche Prüfung des Schutzschildes verständigt. Nach Angaben der Kommission wurden aktuell 103 Unternehmen zertifiziert, 190 weitere haben sich bereits registriert und 250 sind derzeit in Vorbereitungen.

Kommt EU-Zertifizierungssystem für Sicherheitsausrüstungen in Flughäfen?

Die Europäische Kommission hat die Einrichtung eines einheitlichen EU-Zertifizierungssystems für Sicherheitskontrollausrüstungen in Flughäfen vorgeschlagen. **Die Einführung eines EU-Zertifikats soll**

gewährleisten, dass Sicherheitsausrüstungen, die in einem Mitgliedstaat genehmigt wurden, auch in anderen Mitgliedstaaten angeboten werden können. Sicherheitsausrüstungen, die für die Kontrolle von Personen, Handgepäck und Waren im Luftverkehr eingesetzt werden, bilden nach Angaben der Kommission ein Marktsegment mit einem Jahresumsatz von 14 Milliarden Euro weltweit, davon 4,2 Milliarden Euro in der EU. Der EU-Binnenmarkt für Kontrollausrüstungen ist laut Kommission aufgrund der nationalen Zulassungsverfahren derzeit fragmentiert, was ihrer Ansicht nach Markteffizienz und den freien Warenverkehr beeinträchtigt.

Inhaltsverzeichnis



Wirtschafts- und Währungsausschuss lehnt technischen Standard zu Basisinformationsblatt (KID) ab

Am 1. September lehnte der Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments (ECON) einen **Vorschlag** der Europäischen Kommission zur näheren Ausgestaltung des Basisinformationsblatts (Key Information Document, KID) für verpackte Anlageprodukte (z.B. Investmentfonds) ab. Die Erstellung eines solchen Informationsblattes wurde mit der Verordnung über Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte (PRIIPs) verpflichtend eingeführt. Der am 30. Juni durch die Kommission in Form einer **delegierten Verordnung** vorgelegte technische Standard sollte genauer festlegen, wie die im KID anzuführenden Informationen darzustellen und zu berechnen sind. **Wie für delegierte Rechtsakte üblich hatten Rat und Parlament nicht die Möglichkeit, einzelne Elemente des Kommissionsvorschlags abzuändern, sondern konnten diesen nur in seiner Gesamtheit ablehnen.** Ein erster Schritt in diese Richtung ist nunmehr im ECON erfolgt.

Ein wesentlicher Grund für die Ablehnung war auch die Tatsache, dass die Kommission die bereits vor der Veröffentlichung geäußerte Kritik des Parlaments nicht in den finalen Text einfließen ließ. Insbesondere wurde kritisiert, dass aufgrund der komplizierten Anforderungen keine einfachen und vergleichbaren Informationen für Konsumenten mehr erstellt werden können. Dies widerspreche klar der Intention der Verordnung. **Der ECON forderte auch eine Verschiebung des Anwendungsbeginns der Verordnung über Basisinformationsblätter für verpackte Anlageprodukte für Kleinanleger und Versicherungsanlageprodukte (PRIIPs), was durch die WKÖ ausdrücklich begrüßt wird.** Die Ablehnung, die in Form einer Resolution des Parlaments erfolgt, muss nun noch das Plenum absegnen.

Ansprechpartner: [Herwig Wutscher](#)

Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten stimmt für Aufhebung der Visumpflicht für Georgien und Kosovo

Am Montag bewilligte der **Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres** (LIBE) des Europäischen Parlaments die **Aufhebung der Visumpflicht für georgische und kosovarische Passinhaber** für Reisen in den Schengen-Raum. Der Ausschuss sprach sich darüber hinaus für die **Eröffnung von diesbezüglichen Verhandlungen mit dem Rat zu Georgien** aus. Was den **Kosovo** betrifft, der aufgrund der ausstehenden Ratifizierung des Grenzabkommens mit Montenegro noch nicht alle 95 Kriterien zur Visumsabschaffung erfüllt hat, **lehnte der Ausschuss hingegen die Aufnahme von Verhandlungen mit dem Rat mit knapper Mehrheit ab.**

Um die Visafreiheit für die beiden Länder tatsächlich Realität werden zu lassen, **müssen noch das Plenum des Parlaments und der Rat zustimmen**. Erst danach werden georgische und kosovarische Staatsbürger in der Lage sein, den Schengen-Raum bis zu 90 Tage innerhalb einer 180-Tage-Periode visumsfrei zu bereisen – unter der Voraussetzung, dass sie einen biometrischen Pass mit sich führen.

Eine Abstimmung über die Aufhebung der Visumpflicht für ukrainische Staatsbürger im LIBE-Ausschuss ist voraussichtlich für Ende September oder Anfang Oktober zu erwarten.

Ansprechpartner: **Martin Schmid**

Inhaltsverzeichnis



Neues aus dem Gerichtshof der EU

Staatlich festgesetzte Höchsttarife für Erdgaslieferungen können gerechtfertigt sein

In Frankreich schreiben die Behörden bestimmten Unternehmen im Erdgassektor vor, Erdgasendverbrauchern, die weniger als 30.000 Kilowattstunden pro Jahr verbrauchen (Haushalte und KMU), **Erdgas zu regulierten Tarifen – d.h. Höchsttarifen** – anzubieten. Der Nationale Verband der Energieeinzelhändler (ANODE) wandte sich vor französischen Gerichten gegen diese Intervention der nationalen Behörden. Nach der Auffassung des Verbandes **behindere** diese Festsetzung von Höchsttarifen die **Verwirklichung eines wettbewerbsbestimmten Erdgasbinnenmarktes** und stelle daher eine **Verletzung der Richtlinie über den Erdgasbinnenmarkt (RL 2009/73/EG)** dar.

Der vom französischen Conseil d'État im Wege eines Vorabentscheidungsverfahrens befasste Europäische Gerichtshof erließ diese Woche in der Rechtssache C-121/15 sein diesbezügliches **Urteil**: Die Richter stellten klar, dass die Richtlinie 2009/73/EG die freie Festsetzung des Lieferpreises für Erdgas durch das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage zum Ziel hat. **Regulierte Tarife**, wie sie im gegenständlichen Fall vorliegen, **seien jedoch außerhalb der Dynamik der Kräfte des Marktes**. Eine solche Regelung stelle also bereits ihrer Natur nach ein Hindernis für die Verwirklichung eines wettbewerbsbestimmten Erdgasmarktes dar.

Rechtfertigen lasse sich ein solcher Eingriff nur durch eine Maßnahme, die auf **verhältnismäßige Weise ein Ziel von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse** verfolgt und **Gemeinwohlverpflichtungen** vorsieht, die **klar, transparent, nicht-diskriminierend und überprüfbar sind**. In der von Frankreich geltend gemachten Notwendigkeit der **Gewährung der Versorgungssicherheit und des territorialen Zusammenhalts** erkennt der EuGH ein **Ziel von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse**.

In Bezug auf die Frage, ob die Festsetzung von Höchsttarifen für das gesamte Staatsgebiet erforderlich ist, bzw. ob es nicht gelindere Mittel gibt, um das angestrebte Ziel zu erreichen, melden die Richter des EuGH Zweifel an. Dies zu beurteilen sei allerdings Sache der nationalen Gerichte.

Ferner hinterfragt der EuGH kritisch den Aspekt, dass nicht allen im Gassektor tätigen Akteuren, sondern nur bestimmten Unternehmen vorgeschrieben wird, Erdgas zu konkreten Höchsttarifen anzubieten. Die Prüfung, ob darin eine allfällige Diskriminierung liegt, obliege aber erneut den nationalen Gerichten.

Ansprechpartner: **Franz Brudl**

Urheberrechtsverletzung durch Setzen von Hyperlinks

Diese Woche urteilte der EuGH zur Auslegung der Richtlinie 2001/29/EG zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft. Gemäß dieser Richtlinie muss jede Handlung der öffentlichen Wiedergabe eines Werks vom Urheberrechtinhaber erlaubt werden. Art. 3 Abs. 1 legt insbesondere fest, dass es den Mitgliedstaaten obliegt sicherzustellen, dass dem Urheber das ausschließliche Recht zusteht, die öffentliche Wiedergabe seiner Werke zu erlauben oder zu verbieten. Ausnahmen sind nur in Sonderfällen möglich.

Im vorliegenden Fall wurden auf der niederländischen Website *GeenStijl* Hyperlinks gesetzt, von denen aus ein Zugriff auf eine australische Website mit urheberrechtlich geschützten Fotos ermöglicht wurde. Die Veröffentlichung der Fotos auf der australischen Website erfolgte ohne Zustimmung des Urheberrechtinhabers. Auf Verlangen des Urheberrechtinhabers wurden diese Fotos auf der australischen Website entfernt, jedoch auf einer anderen Website erneut ohne vorherige Genehmigung zugänglich gemacht. Der Betreiber der niederländischen Website *GS Media* verlinkte erneut auf die geänderte Website, woraufhin ihm von *Sanoma*, dem Inhaber der Urheberrechte, eine Urheberrechtsverletzung vorgeworfen wurde.

Der angerufene Europäische Gerichtshof (EuGH) führte in der Rechtssache C-160/15 aus, dass zunächst individuell geprüft werden müsse, ob eine „öffentliche Wiedergabe“ vorliegt. Dabei wären folgende Kriterien zu berücksichtigen: Vorsätzlichkeit des Handelns? Ist eine „Öffentlichkeit“, bestehend aus vielen Personen gegeben? Dient die Wiedergabe Erwerbszwecken? Der Gerichtshof führte weiter aus, dass wenn das Setzen eines Hyperlinks ohne Gewinnerzielungsabsicht und ohne Kenntnis der Rechtswidrigkeit der Veröffentlichung der Werke geschieht, es zu keiner „öffentlichen Wiedergabe“ kommt. Sollte aber eine Verlinkung im Rahmen von Erwerbszwecken stattfinden, sei auch die Kenntnis der Rechtswidrigkeit anzunehmen.

In diesem konkreten Fall habe der Betreiber der niederländischen Website *GeenStijl* den Hyperlink zu den entsprechenden Fotos für Erwerbszwecke sowie im Bewusstsein der Rechtswidrigkeit dieser Veröffentlichung bereitgestellt. Damit wurde lt. EuGH eine Urheberrechte verletzende „öffentliche Wiedergabe“ vorgenommen.

Ansprechpartnerin: Barbara Dallinger

Inhaltsverzeichnis



Europäische Industrie- und Arbeitgeberverbände unterstützen TTIP-Verhandlungen

17 europäische Industrie- und Arbeitgeberverbände haben in einer Erklärung ihre Unterstützung der Verhandlungen für das EU-US-Freihandelsabkommen TTIP bekräftigt. Zu den Unterzeichnern zählen auch der Europäische Wirtschaftskammern-Dachverband EUROCHAMBRES sowie der Handelsverband Eurocommerce, in denen die WKÖ aktiv ist. Ein starkes TTIP könnte die Investitionen sowie den Handel mit Waren und Dienstleistungen zwischen der EU und den USA fördern. Unternehmen aller Größen – vor allem kleine Unternehmen – sowie Arbeitnehmer, Verbraucher und Bürger in der EU und den USA könnten profitieren, so die Erklärung.

Die Erklärung fordert von USA und EU politisches Engagement für ein Abkommen, das Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze auf beiden Seiten des Atlantiks ankurbeln soll. Aus Sicht der **WKÖ** ist klar: Ein gut gemachtes und faires Freihandelsabkommen auf Augenhöhe zwischen der EU und den USA birgt **viele Chancen für Österreichs Betriebe**. Da nur durch ein umfassendes und ambitioniertes Abkommen, das neben dem Abbau von Zöllen insbesondere auch die Beseitigung von nicht-tarifären Handelshemmnissen vorsieht, deutliche Wachstumseffekte erwartet werden, muss bei den Verhandlungen die Qualität aber Vorrang vor der Geschwindigkeit haben.

Ansprechpartner: **Herwig Wutscher**

Inhaltsverzeichnis



Wien ist weiterhin eine der lebenswertesten EU-Hauptstädte

Eurostat veröffentlichte eine umfassende **Regionalstatistik** für die EU, in der es Wien erneut in das Spitzenfeld der lebenswertesten Städte Europas schaffte. Die höchste Zufriedenheit der Bevölkerung sei in Vilnius zu finden, gefolgt von Stockholm und Kopenhagen auf Platz Zwei, sowie Wien und Luxemburg auf dem dritten Platz. Wien konnte vor allem in der Qualität des öffentlichen Nahverkehrs und der Luftqualität punkten.

Die Statistik zeigt auch die **Unterschiede zwischen urbanem und ländlichem Raum**. Große Unterschiede waren in Österreich bei der Arbeitslosigkeit, den Wohnkosten und dem Kriminalitätsniveau zwischen Stadt und Land zu finden. Durch die Zuwanderung ist das Bevölkerungswachstum sowohl in urbanem als auch ländlichem Raum gestiegen. Wirtschaftlich gesehen schaffte es keine österreichische Region unter die besten Zehn. Wien ist weiterhin die wirtschaftsstärkste Region Österreichs, erlitt aber einen Rückgang an der Gesamtwertschöpfung des Landes seit 2003.

Ansprechpartnerin: **Verena Martelanz**



Wirtschaftskammer Österreich sucht EU-Trainees

Die Wirtschaftskammer Österreich sucht EU-Trainees – jetzt bewerben bis 23. Oktober 2016!

Um die Interessen der österreichischen Wirtschaft in Europa bestens zu vertreten, braucht es qualifizierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Daher nimmt die Wirtschaftskammer Österreich mit 1. April 2017 wieder EU-Trainees auf.

Das ca. 3-jährige EU-Traineeprogramm beginnt mit einer Ausbildung in der WKÖ, wobei die EU-Trainees verschiedenen Abteilungen und Sparten zugeteilt werden. Danach steht ein Auslandseinsatz auf dem

Programm – entweder in Form eines Praktikums bei den EU-Institutionen oder in Form einer Entsendung an das EU-Büro der WKÖ in Brüssel bzw. in einen europäischen Verband.

Bewerbungen sind bis zum 23. Oktober 2016 ausschließlich online möglich; weitere Informationen sind online abrufbar.

Antwerp Port Authority sucht Vertreter für Mittel- und Osteuropa

Der Antwerpener Hafen sucht einen lokalen kommerziellen Repräsentanten mit Erfahrung und speziellen Kenntnissen in der Supply Chain:

Repräsentant der Antwerp Port Authority für Mittel- und Osteuropa (CEE)

mit mindestens 10 Jahren Berufserfahrung in einer logistischen oder kaufmännischen Position, Branchenerfahrung im Schienenbereich, gutem Geschäftsnetzwerk sowie Kenntnis der CEE-Märkte

Bei Fragen und für weitere Informationen steht Ihnen Frau Katarina Stancova, Antwerp Port Authority, gern telefonisch (+32 3 229 66 79) oder per E-Mail zur Verfügung.

SPÖ-EU-Delegation im Europäischen Parlament sucht Mitarbeiter für Pressearbeit

Die SPÖ-EU-Delegation im Europäischen Parlament (S&D) sucht einen

Mitarbeiter (M/W) für den Bereich Kommunikation, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

mit Arbeitsort in Brüssel (Hauptarbeitsort) und Straßburg. Sprachkenntnisse in Deutsch und Englisch (fließend in Wort und Schrift) sind erwünscht, Kenntnisse in Französisch und weiteren Amtssprachen der EU sind hilfreich.

Eine Anstellung erfolgt zum nächstmöglichen Zeitpunkt. Die Stelle ist zunächst befristet bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode.

Bewerbungen sind bis zum 23. September 2016 möglich. Bewerbungsunterlagen (CV, Motivation) bitte per E-Mail unter Angabe Ihres frühestmöglichen Eintrittstermins in einer PDF-Datei senden sowie eine Schreibprobe (2000-4000 Zeichen inkl. Leerzeichen) zu einem Europa-Thema Ihrer Wahl. Weitere Informationen sind online abrufbar.

Europäische Eisenbahnagentur sucht Project Officer

Die Europäische Eisenbahnagentur (ERA) mit Sitz in Valenciennes/Frankreich sucht:

Project Officer in the ERTMS Unit

Temporary Agent, AD8

Reference: ERA/AD/2016/002-OPE

Bewerbungen sind ausschließlich online bis zum 30. September 2016 möglich, weitere Informationen sind online abrufbar.

Inhaltsverzeichnis

Voraussichtliche Themen der 2181. Sitzung am 13. September 2016:

Koordination der Kommissionspolitik/Bessere Rechtsetzung

Mitteilung: Bessere Ergebnisse für eine stärkere Union

Koordination der Kommissionspolitik/Grundrechte und Rechtsstaat/Migration und Inneres

Mitteilung: Erhöhung der Sicherheit in einer Welt der Mobilität: die Verbesserung des Austauschs von Informationen im Kampf gegen den Terrorismus und für sichere Außengrenzen

Koordination der Kommissionspolitik/Außenbeziehungen/Wachstum, Beschäftigung, Wettbewerbsfähigkeit und Investitionen/Europäische Nachbarschaftspolitik/Internationale Zusammenarbeit und -entwicklung/Wirtschaft und Finanzen

Mitteilung: Investitionsplan für Europa EFSI 2.0

Vorschlag für eine Verordnung im Hinblick auf die Verlängerung der Laufzeit des Europäischen Fonds für strategische Investitionen sowie für technische Verbesserungen an den Fonds und der Einführung der Europäischen Investitionsplattform

Vorschlag für eine Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Schaffung eines Garantiefonds für Außenmaßnahmen

Bericht zur Finanzierung der Europäischen Investitionsbank

Vorschlag für eine Verordnung zum Europäischen Fonds für nachhaltige Entwicklung und zur Schaffung der entsprechenden Garantie und des Garantiefonds

Koordination der Kommissionspolitik/Haushalt

Rückblick/ Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens 2014-2020

Digitaler Binnenmarkt

Mitteilung: Konnektivität für einen wettbewerbsfähigen digitalen Binnenmarkt – Auf dem Weg zu einem europäischen Gigabit-Unternehmen

Mitteilung: Ein 5G-Aktionsplan für Europa

Mitteilung: Förderung des fairen, effizienten und wettbewerbsfähigen Urheberrechts im digitalen Binnenmarkt

Inhaltsverzeichnis

Mitteilung: Kapitalmarktunion – Fortschreiten der Reform

Ausschüsse des Europäischen Parlaments

12. September **Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres**

Anhörung von Sir Julian King, designiertes Mitglied der Kommission für die Sicherheitsunion

12. September **Ausschuss für konstitutionelle Fragen**

Transparenz, Rechenschaftspflicht und Integrität in den EU-Organen

12. September **Untersuchungsausschuss für Emissionsmessungen in der Automobilindustrie**

Der Ausschuss tagt.

14.-15. September **Haushaltsausschuss**

Präsentation der Kommissions-Halbzeitbewertung des mehrjährigen Finanzrahmens und des Revisionsvorschlags durch Vizepräsidentin K. Georgieva

Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2017 – alle Einzelpläne

Inhaltsverzeichnis

Themen des Plenums des Europäischen Parlaments

12. September

Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU

- Kohäsionspolitik und Forschungs- und Innovationsstrategien für intelligente Spezialisierung (RIS3)
- EU-Strategie für den Alpenraum

Auf dem Weg zur Umgestaltung des Energiemarkts

EU-Strategie für die Wärme- und Kälteerzeugung

13. September

Untersuchung zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie

Handel mit bestimmten Gütern, die zur Vollstreckung der Todesstrafe, zu Folter oder zu anderer Behandlung oder Strafe verwendet werden könnten

14. September

Lage der Union - Erklärung des Präsidenten der Kommission

Sozialdumping in der Europäischen Union

Anwendung der Richtlinie über Postdienste

Zugang von KMU zu Finanzmitteln und Diversifizierung der Finanzierungsquellen von KMU in einer Kapitalmarktunion

Optimale Nutzung des Potenzials von KMU zur Schaffung von Arbeitsplätzen

Inhaltsverzeichnis

Ausgewählte Fälle des Europäischen Gerichtshofes

Ausgewählte Fälle der kommenden Woche:

12. -13. September **Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Plenum) in der Gutachtensache (Avis) 2/15**

Geplantes Freihandelsabkommen mit Singapur

Die Kommission hat den Gerichtshof um ein Gutachten zu der Frage ersucht, ob die Union über die erforderliche Zuständigkeit verfügt, um das geplante Freihandelsabkommen mit Singapur allein zu unterzeichnen und abzuschließen. Sie möchte wissen, (i) welche Bestimmungen des Abkommens in die ausschließliche Zuständigkeit der Union fallen, (ii) welche Bestimmungen des Abkommens in die geteilte Zuständigkeit der Union fallen, und (iii) ob es Bestimmungen des Abkommens gibt, die in die ausschließliche Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen.

[Weitere Informationen](#)

15. September **Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-484/14 Mc Fadden**

Illegale Downloads über offenes WLAN-Netz

Sony hat für die Gruppe „Wir sind Helden“ die Album-CD „Bring mich nach Hause“ hergestellt. Vor dem Landgericht München I hat Sony Herrn Mc Fadden wegen Urheberrechtsverletzung verklagt, weil dieses Album über sein WLAN-Netz einer unbegrenzten Zahl von Internet-Tauschbörsen-Nutzern zum Herunterladen angeboten worden sei. Das Landgericht geht davon aus, dass Herr Mc Fadden die Urheberrechtsverletzung nicht persönlich begangen habe. Vielmehr hätten Dritte sein offenes WLAN-Netz genutzt, das er im Rahmen seines Geschäfts für Licht- und Tontechnik betreibt. Das Landgericht stellt sich die Frage, inwieweit Herr Mc Fadden dafür zur Verantwortung gezogen werden könne und ersucht den Gerichtshof um

Auslegung der Richtlinie 2000/31 über den elektronischen Geschäftsverkehr. Generalanwalt Szpunar hat in seinen Schlussanträgen vom 16. März 2016 die Ansicht vertreten, dass der Betreiber eines Geschäfts, einer Bar oder eines Hotels, der der Öffentlichkeit ein WLAN-Netz kostenlos zur Verfügung stelle, für Urheberrechtsverletzungen eines Nutzers nicht verantwortlich sei.

[Weitere Informationen](#)

15. September

Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der Rechtssache C-219/15 Schmitt / TÜV Rheinland

Haftung für Silikonbrustimplantate

Im Zusammenhang mit den Brustimplantaten aus minderwertigem Industriesilikon ersucht der deutsche Bundesgerichtshof den Gerichtshof um Auslegung der Medizinprodukte-Richtlinie 93/42. Als Medizinprodukte dürfen Implantate erst nach Durchführung eines Konformitätsbewertungsverfahrens in den Verkehr gebracht werden. Dazu gehört die Überprüfung des Qualitätssicherungssystems des Herstellers, die Prüfung der Produktauslegung und die Überwachung. Das französische Herstellerunternehmen hatte die TÜV Rheinland LGA Products GmbH mit dieser Konformitätsbewertung beauftragt. Der BGH hat in dritter Instanz über eine Klage einer Betroffenen zu entscheiden, die vom TÜV Schmerzensgeld in Höhe von 40.000 Euro und den Ersatz künftiger materieller Schäden verlangt, weil der TÜV seinen Pflichten nicht hinreichend nachgekommen sei. Der BGH möchte nun wissen, ob die mit der Konformitätsbewertung beauftragte Stelle zum Schutz aller potentiellen Patienten tätig wird und deshalb bei schuldhafter Pflichtverletzung den betroffenen Patienten unmittelbar und uneingeschränkt haften kann. Außerdem ersucht der BGH den Gerichtshof, den Umfang der Überwachungspflichten zu konkretisieren (siehe auch Pressemitteilung des BGH [Nr. 52/2015](#)).

[Weitere Informationen](#)

Inhaltsverzeichnis

15. September

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-524/14 P Kommission / Hansestadt Lübeck

Flughafenentgelte am Flughafen Lübeck: Staatliche Beihilfen?

2012 kam die EU-Kommission zu dem vorläufigen Schluss, dass der Flughafen Lübeck den Fluglinien, die ihn nutzen, staatliche Beihilfen gewähre. Diesen Fluglinien werde ein wirtschaftlicher Vorteil verschafft, der direkt durch staatliche Mittel finanziert werde. Die Stadt Lübeck hat gegen diesen Kommissionsbeschluss, soweit er sich auf die streitige Entgeltordnung von 2006 bezieht, Klage beim Gericht der Europäischen Union erhoben, mit Erfolg. Das Gericht erklärte den Kommissionsbeschluss für nichtig, soweit damit das förmliche Prüfverfahren hinsichtlich der Entgeltordnung 2006 eröffnet wurde (Urteil [T-461/12](#) vom 9. September 2014). Bevor das Gericht zu diesem Ergebnis gelangte, hatte es die Klage der Stadt Lübeck zunächst für zulässig erklärt. Das Gericht stellte fest, dass die Stadt klagebefugt sei. Die Betreibergesellschaft, die von 2009 bis 2013 im Alleineigentum der Stadt gestanden habe und deren Rechtsnachfolgerin die Stadt nunmehr sei, sei nämlich kein bloß verlängerter Arm des Staates gewesen. Vielmehr habe sie über eine eigene

Zuständigkeit für die Festlegung der Entgeltordnung verfügt. Als Rechtsnachfolgerin sei die Stadt daher von dem Eröffnungsbeschluss unmittelbar und individuell betroffen. Gegen dieses Urteil hat die Kommission ein Rechtsmittel beim Gerichtshof eingelegt und macht in erster Linie, dass das Gericht die Klage zu Unrecht als zulässig erachtet habe. Generalanwalt Wahl legt heute seine Schlussanträge vor.

Weitere Informationen

Inhaltsverzeichnis

Ausgewählte laufende Konsultationen

Bank- und Finanzwesen

Kapitalmarktunion: Initiative im Hinblick auf einen möglichen EU-Rahmen für die private Altersvorsorge
27.07.2016 - 31.10.2016

Evaluierung der Richtlinie über Finanzkonglomerate
09.06.2016 - 20.09.2016

Wichtigste Hindernisse für den grenzüberschreitenden Vertrieb von Investmentfonds in der EU
02.06.2016 - 02.10.2016

Beschäftigung und Soziales

Öffentliche Konsultation im Zusammenhang mit der Halbzeitevaluierung des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF)
18.05.2016 - 18.08.2016

Konsultation über eine europäische Säule sozialer Rechte
08.03.2016 - 31.12.2016

Besteuerung

Öffentliche Konsultation über die ermäßigten MwSt.-Sätze für elektronisch gelieferte Veröffentlichungen
25.07.2016 - 19.09.2016

Binnenmarkt

Öffentliche Konsultation zum Binnenmarkt-Informationstool
02.08.2016 - 07.11.2016

Zentraler digitaler Zugang
26.07.2016 - 21.11.2016

Öffentliche Konsultation im Rahmen der Start-up-Initiative
31.03.2016 - 31.07.2016

Öffentliche Konsultation zum Binnenmarkt für Waren - Durchsetzung und Einhaltung
01.07.2016 - 31.10.2016

Öffentliche Konsultation zur möglichen Überarbeitung der Verordnung zur gegenseitigen Anerkennung (EG) Nr. 764/2008

07.06.2016 - 30.09.2016

Konsultation zur Regulierung von Berufen: Verhältnismäßigkeit und nationale Aktionspläne der Mitgliedstaaten

27.05.2016 - 19.08.2016

Energie

„Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Richtlinie 2009/119/EG zur Verpflichtung der Mitgliedstaaten, Mindestvorräte an Erdöl und/oder Erdölzeugnissen zu halten“

10.08.2016 - 11.11.2016

Erstellung der jährlichen Prioritätenlisten für die Ausarbeitung von Netzkodizes und Leitlinien für 2017 und darüber hinaus

18.07.2016 - 14.10.2016

Entwicklung

UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung - Öffentliche Konsultation zur Überarbeitung des Europäischen Konsenses über die Entwicklungspolitik

30.05.2016 - 21.08.2016

Forschung und Technologie

Öffentliche Konsultation: Zwischenbewertung des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts

26.08.2016 - 14.11.2016

Öffentliche Konsultation zu den gemeinsamen Programmen EMFP und EMPIR für Metrologieforschung

01.07.2016 - 07.10.2016

Öffentliche Konsultation zur Umsetzung des zweiten Partnerschaftsprogramms Europas und der Entwicklungsländer im Bereich klinischer Studien im Zeitraum 2014-2016

29.06.2016 - 15.10.2016

Öffentliche Konsultation zum Arbeitsprogramm 2018-2020 für den Themenbereich „Ernährungs- und Lebensmittelsicherheit, nachhaltige Land- und Forstwirtschaft, marine, maritime und limnologische Forschung und Biowirtschaft“ im Rahmen von Horizont 2020

06.06.2016 - 28.08.2016

Handel

Öffentliche Konsultation zu einer eventuellen Aktualisierung der Handelsbestimmungen des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Chile

09.06.2016 - 31.08.2016

Inhaltsverzeichnis

Innere Angelegenheiten

Öffentliche Konsultation zu den aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF) finanzierten Maßnahmen für den Zeitraum 2008-2010

11.05.2016 - 09.08.2016

Öffentliche Konsultation zu den aus dem Europäischen Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen finanzierten Maßnahmen für den Zeitraum 2007-2010

11.05.2016 - 09.08.2016

Öffentliche Konsultation zu den aus dem Europäischer Rückkehrfonds finanzierten Maßnahmen für den Zeitraum 2011-2013

10.05.2016 - 09.08.2016

Öffentliche Konsultation zu den aus dem Außengrenzenfonds finanzierten Maßnahmen für den Zeitraum 2011-2013

10.05.2016 - 09.08.2016

Öffentliche Konsultation zu den aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF) finanzierten Maßnahmen für den Zeitraum 2011-2013

10.05.2016 - 09.08.2016

Öffentliche Konsultation zu den aus dem Europäischen Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen finanzierten Maßnahmen für den Zeitraum 2011-2013

10.05.2016 - 09.08.2016

Justiz und Grundrechte, Verbraucher

Öffentliche Konsultation zum Fitness-Check des europäischen Verbraucher- und Marketingrechts

12.05.2016 - 02.09.2016

Klimaschutz

Konsultation zur Überwachung und Meldung des Kraftstoffverbrauchs und der CO₂-Emissionen schwerer Nutzfahrzeuge

20.07.2016 - 28.10.2016

Konsultation zur Überarbeitung der Verordnung (EU) Nr. 443/2009 und der Verordnung (EU) Nr. 510/2011 zur Verringerung der CO₂-Emissionen von leichten Nutzfahrzeugen

20.07.2016 - 28.10.2016

Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien, Informationsgesellschaft

Öffentliche Konsultation zur Sicherheit von Apps und anderer nicht eingebetteter Software, die nicht unter sektorale Rechtsvorschriften (etwa für Medizinprodukte oder Funkanlagen) fällt

09.06.2016 - 15.09.2016

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Konsultation zu möglichen Maßnahmen zur Verbesserung der Umsetzung bestimmter Aspekte der Richtlinie über Altfahrzeuge, unter besonderer Berücksichtigung von Altfahrzeugen mit unbekanntem Verbleib

29.06.2016 - 21.09.2016

Öffentliche Konsultation zur Verbesserung der Sozialvorschriften im Straßentransport
05.09.2016 - 11.12.2016

Überprüfung der Richtlinie 2006/1/EG über die Verwendung von ohne Fahrer gemieteten Fahrzeugen im Güterkraftverkehr

11.08.2016 - 04.11.2016

Überarbeitung der geänderten Fassung der „Eurovignetten-Richtlinie“ 1999/62/EG über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Verkehrswege durch schwere Nutzfahrzeuge

08.07.2016 - 02.10.2016

Überarbeitung der Richtlinie 2004/52/EG und der Entscheidung 2009/750/EG über den europäischen elektronischen Mautdienst

08.07.2016 - 02.10.2016

Öffentliche Konsultation zur Initiative der Europäischen Union zu kooperativen intelligenten Verkehrssystemen

24.06.2016 - 16.09.2016

Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 über die Zulassung zum Beruf des Kraftverkehrsunternehmers sowie der Verordnung (EG) Nr. 1072/2009 über den Zugang zum Markt des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs

15.06.2016 - 15.09.2016

Ex-post-Evaluierung der Leistungs- und Gebührenregelungen für den einheitlichen europäischen Luftraum

07.06.2016 - 04.09.2016

Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Verordnung (EU) 913/2010 zur Schaffung eines europäischen Schienennetzes für einen wettbewerbsfähigen Güterverkehr

27.05.2016 - 21.08.2016

Inhaltsverzeichnis